Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Jahrg. 4 Extra-Blatt

1. MAI 74 Kampftag der Arbeiterklasse

Seit 1890 ist der 1. Mai der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, ein Tag des einschätzenden Rückblicks ebenso wie der nach vorn weisenden Forderungen und gesellschaftlichen Ziele; ein Kampf nicht nur gegen die „ärgsten Auswüchse" des Kapitalismus, sondern zur Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Herrschaft des Menschen über den Menschen. Die Kapitalistenklasse hat daher stets versucht, den Klassen- und Kampfcharakter dieses Tages aufzuheben: die Faschisten wollten daraus einen „Tag der Arbeit", einen Tag der verlogenen „Volksgemeinschaft" zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten machen; die Sozialdemokraten versuchen heute, den 1. Mai „einschlafen" zu lassen oder ihn zumindest unter irreführende Parolen der „Sozialpartnerschaft" zwischen Arbeit und Kapital, des gebremsten Klas-
und Kapital, des gebremsten Klas-
senkampfes, der „Mitbestimmung" und unverbindlicher Allgemeinplätze wie „Für eine bessere Welt" u.ä. zu stellen.

Tatsächlich steht auch der 1. Mai dieses Jahres jedoch nicht im Zeichen von „Sozialpartnerschaft" und internationaler Entspannung, sondern von sich weiter verschärfenden Widersprüchen und Klassenkämpfen.



wischen den Imperialisten verschärft sich der Konkurrenzkampf, der Kampf um die weltweite Neuverteilung von Einflußgebieten, Rohstoffquellen, Absatzmärkten. Während es z.B. den US-Imperialisten gelang, die „Ölkrise" zunächst gegen ihre Konkurrenten auszunutzen, bemühen sich nun die BRD, Frankreich, Japan, Italien darum, in Iran, Libyen, Saudi-Arabien, Ägypten u.a. stärker Fuß zu fassen. Die Widersprüche zwischen USA und „EG" wurden anläßlich des israelisch-arabischen Krieges, der „Ölkrise" und der jüngsten Drohungen Nixons und Kissingers gegen die „EG" deutlich. Innerhalb der „EG" sind die Widersprüche vor allem zwischen BRD, Frankreich und Großbritannien um die Vormachtstellung zwar z.Zt. noch verdeckt, werden aber zweifellos sich weiter verschärfen und in offener Form ausbrechen.

Die imperialistische Jagd nach Einflußgebieten, Rohstoffquellen und Absatzmärkten stößt zunehmend auf den Widerstand der für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden unterdrückten und ausgeplünderten Völker der „Dritten Welt". Das klarste Beispiel dafür ist die Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam, der Vormarsch der Revolution in Kambodscha und Laos. Im Nahen Osten hat die palästinensische Revolution allen Angriffen der mit dem internationalen Imperialismus verbündeten arabischen Reaktion Stand gehalten. Auch der israelisch-arabische Krieg vom Oktober 73 und der folgende „Öl-Boykott" sind Ausdruck des Kampfwillens der arabischen Völker, wenn auch verzerrt durch die zum Kompromiß mit dem Imperialismus neigenden herrschenden Kräfte der arabischen Welt.

In Afrika entwickelt sich der Kampf gegen den mit dem US- und „EG"-Imperialismus verbündeten portugiesischen Kolonialismus, gegen die kolonialistischen Regimes in „Südrhodesien" und Südafrika. Das Volk Guineas konnte 1973 nach einem jahrelangen Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus seine Unabhängigkeit erklären. In einem der rückständigsten und am meisten verelendeten Winkel Afrikas, in Äthiopien, haben die Werktätigen im Februar/März dieses Jahres mit Demonstrationen und Streiks den Kampf gegen das Feudal-Regime des Hungers und der Unterdrückung aufgenommen.

In Lateinamerika hat die antiimperialistische Bewegung im letzten Jahr eine schwere Niederlage erlitten. Gestützt auf die einheimische Reaktion konnte der US-Imperialismus in Chile die Regierung der Unidad Popular stürzen und eine faschistische Mord- und Terrorherrschaft errichten. Dies zeigt erneut die tatsächliche Schärfe der Widersprüche in der Welt und die Entschlossenheit des Imperialismus, jede nationale und soziale Befreiungsbewegung mit brutaler Gewalt zu unterdrücken. Der faschistische Putsch in Chile widerlegt die sozialdemokratische „Sozialpartnerschaft" ebenso wie den revisionistischen „friedlichen Weg zum Sozialismus."



'No al Fascismo' – italienische Arbeiter demonstrieren gegen Faschismus und Faschisierung

Besonders ernst ist in der internationalen Situation die Gefahr eines imperialistischen Überfalls auf das sozialistische China. Die Sowjetrevisionisten haben starke militärische Kräfte an der chinesischen Grenze konzentriert und bereiten mit einer Verleumdung des sozialistischen China und chauvinistischer Hetze die Stimmung für eine militärische Aktion vor, der ähnlich wie dem Überfall auf die CSSR 1968 zynischerweise das Mäntelchen des „proletarischen Internationalismus" etc. umgehängt werden soll. Gegenüber dem offensichtlichen Aufmarsch des Sowjetrevisionismus gegen China darf aber nicht übersehen werden, daß die US-Imperialisten immer noch das chinesische Territorium der Insel Taiwan besetzt halten und ihre Kriegspläne gegen China keineswegs aufgegeben haben. Auch innerhalb des japanischen Imperialismus ist ein Erstarken aggressiver chinafeindlicher Kräfte zu verzeichnen.

Der imperialistische Konkurrenzkampf um die Neuverteilung von Einflußgebieten, Rohstoffquellen und Absatzmärkten schlägt sich für die Werktätigen der imperialistischen Länder nieder in verstärkter wirtschaftlicher Auspressung und Verelendung, in einem Angriff auf demokratische Rechte, die sich die Werktätigen in früheren Kämpfen erobert haben, und im Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats. Dieser Angriff ist in den einzelnen imperialistischen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten, entsprechend der Entwicklung der Widersprüche und Klassenkämpfe. In Italien und Großbritannien z.B. ist die absolute Verelendung des arbeitenden Volkes bereits viel weiter fortgeschritten als in der BRD. Andererseits gibt es in der BRD Maßnahmen der politischen Unterdrükkung wie das Berufsverbot gegen Gegner des Kapitalismus, die in den meisten imperialistischen Ländern noch nicht verwirklicht sind und ihre Parallelen nur in den faschistischen Ländern finden.

Auch in den imperialistischen Ländern selbst sind die Kapitalisten jedoch mit verstärktem Widerstand konfrontiert: Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien, die Streiks und Demonstrationen in Italien im Januar und Februar dieses Jahres, die spontanen Streiks der westdeutschen Metaller im letzten Jahr. Im faschistischen Griechenland führten Arbeiter und Studenten im November 73 ungeachtet des faschistischen Terrors Massendemonstrationen durch.

Allgemein ist für die Klassenkämpfe in der kapitalistischen Welt kennzeichnend, daß sie noch nicht unter der Führung revolutionärer Parteien stehen. Die Kämpfe der Werktätigen werden von Sozialdemokraten und Revisionisten in die Sackgasse „geführt", oder, soweit es sich um spontan ausgebrochene Kämpfe handelt (wie die spontane Streikbewegung in der BRD 1973), können die Sozialdemokraten und Revisionisten solche Kämpfe immer noch wieder „einfangen". Hier liegt die Schranke der bisherigen Arbeiterkämpfe in der kapitalistischen Welt.


November 1973: Griechische Volksmassen demonstrieren gegen den Faschismus

➡

GEGEN DIE BESCHLEUNIGTE FASCHISIERUNG UND MILITARISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTEN AUF DIE LEBENSBEDINGUNGEN DER WERKTÄTIGEN

WEG MIT DEM KPD–VERBOT, KAMPF GEGEN DEN ANGRIFF AUF DAS ORGANISATIONS-, DEMONSTRATIONS- UND STREIKRECHT

In der BRD haben sich im vergangenen Jahr die in der Erklärung des KB zum 1. Mai 73 aufgezeigten Entwicklungstendenzen verstärkt.

Zwei Wellen spontaner Streiks in der Metall-Industrie im Frühjahr und Herbst 73 bezeichnen einen gewissen Aufschwung der spontanen Arbeiterbewegung, eine Erneuerung der Streiks vom September 1969 in noch breiterem Maßstab. Diese Streikkämpfe sind aber nicht als „selbständig", sondern eben als s p o n t a n zu kennzeichnen, weil tatsächlich von einer politisch und organisatorisch selbständigen Arbeiterbewegung in der BRD noch keine Rede sein kann, sondern diese Streikkämpfe gerade wegen ihres spontanen Charakters unter sozialdemokratischer und revisionistischer Kontrolle geblieben sind.



Hunderttausende demonstrierten im April und Mai 1972 gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU.

In der Erklärung des KB zum 1. Mai 73 hieß es: *„...Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß sich die Widersprüche zwischen der Politik der Brandt-Regierung und den werktätigen Massen verschärfen, je mehr die Brandt-Regierung im Auftrag der Kapitalistenklasse den Angriff auf die Lebensbedingungen der Massen führt."* – Seit der Massenbewegung gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU im Frühjahr 1972 und den Bundestagsneuwahlen im November 1972 hat die SPD stark an politischem Vertrauen beim arbeitenden Volk verloren. Die SPD/FDP-Regierung macht sich zum eindeutigen politischem Vertrauen beim arbeitenden Volk verloren. Die SPD/FDP-Regierung macht sich zum eindeutigen Fürsprecher für die Einschränkung des „Lebensstandards" der Werktätigen, für niedrige Tarifabschlüsse etc. Zugleich ist es die SPD, die vor allem in den Großstädten zwangsläufig mit den immer deutlicheren Folgen kapitalistischer Politik auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, der Schule u.a. identifiziert wird. Zumutungen wie der plumpe Schwindel um die „Ölkrise" und eine in der Geschichte der BRD einmalige Inflationsrate tragen ebenfalls zu steigender Unzufriedenheit des arbeitenden Volkes mit der Regierungspolitik bei.

Die Wahlergebnisse dieses Jahres in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Nordhessen dokumentieren jedoch, daß diese Unzufriedenheit in erster Linie noch nicht für die Entwicklung einer antikapitalistischen Bewegung zu Buche schlägt, sondern der CDU/CSU zugute kommt. Damit einher geht eine Abschwächung der breiten Wachsamkeit und entschlossenen Opposition gegen die anti-demokratischen und entspannungsfeindlichen Bestrebungen gerade der CDU/CSU, wie sie vor allem in der Protestbewegung gegen das CDU/CSU-Mißtrauensvotum 1972 zum Ausdruck kam. Insofern kann die Unzufriedenheit mit der Politik der SPD von der Bourgeoisie noch weitgehend für die Rechtsentwicklung instrumentalisiert werden. *„Den Kommunisten ist es bisher im allgemeinen noch nicht gelungen, die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik der SPD im Sinne einer selbstständigen Arbeiterpolitik zu nutzen und damit die Rechtsentwicklung abzublocken."* (AK 41, S. 25).

Die Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft wurde im letzten Jahr verstärkt vorangetrieben. Die spontanen Metaller-Streiks 1973, der ÖTV-Streik Anfang 1974, vor allem aber der über mehrere Monate geführte Streik der Fluglotsen 1973 wurden von der Bourgeoisie dazu benutzt, das Streikrecht anzugreifen, Streikende in faschistischer Manier als „Volksschädlinge" und „Terroristen" zu beschimpfen, den Streik als schädliche „Krankheit" hinzustellen. Während der spontanen Streiks 1973 griff die Polizei in bisher nicht bekanntem Ausmaß ein. In Knüppel-Einsätzen der Polizei zunächst vor allem gegen ausländische Kollegen wurde versucht, solche Knüppel-Einsätze gegen streikende Arbeiter, gestützt zunächst auf nationalistische Vorurteile gegen ausländische Kollegen, als sozusagen ‚normalen' Bestandteil in den Lohnkampf einzuführen. Das deutlichste Beispiel war dabei das einheitliche Vorgehen von Polizei und Arbeiteraristokraten (Leitende Angestellte, Meister, Betriebsräte) gegen türkische Kollegen bei Ford und die zynische Verkehrung dieser Vorgänge zum „Türkenterror" u.ä. in der bürgerlichen Presse.

Zu einem besonders umfangreichem wirtschaftlichem und politisch-ideologischen Angriff wurde von der Bourgeoisie aller imperialistischen Länder die „Öl-Krise" gestaltet. In der BRD ging dieser Angriff unter Parolen wie „Ende staltet. In der BRD ging dieser Angriff unter Parolen wie „Ende der Überflußgesellschaft", „alle müssen sich einschränken", „allen werden Opfer abverlangt" etc. vor sich. Mit spürbaren Eingriffen in die „persönliche Freiheit des Bürgers" (Sonntagsfahrverbot, Tempo-Begrenzung) wurde versucht, die angebliche „Ölkrise" glaubwürdig zu machen und die Bevölkerung an solche – und zukünftig weitergehende – Eingriffe in die „persönliche Freiheit" zu gewöhnen, ebenso wie in den letzten Jahren bereits daran gewöhnt wurde, daß Polizisten gelegentlich Menschen „in Notwehr" erschießen dürfen und daß Streikende von der Polizei zusammengeschlagen werden.

Die „Ölkrise" diente außerdem dazu, nationalistische und rassistische Stimmungen gegen die Völker der „Dritten Welt" zu schüren und direkte Kriegspropaganda zu treiben. Die „Ölkrise" bezeichnet insgesamt eine neue Qualität der Faschisierung von Staat und Gesellschaft.

Die Angriffe auf die Organisations- und Demonstrationsfreiheit wurden im letzten Jahr verschärft. Im Mai 1973 wurden mehrere Büros der „KPD" von der Polizei besetzt und „durchsucht". Im Dezember 1973 wurde eine massive Verbots-Kampagne gegen den KSV, Studentenorganisation der „KPD", geführt. In Nordrheinwestfalen wurde im April 1973 ein generelles Demonstrationsverbot gegen „KPD" und „KPD/ML" verhängt. Dieses Demonstrationsverbot wurde bereits am 1. Mai 73 und etwas später anläßlich des Breschnew-Besuchs mit brutaler Polizei-Gewalt durchgesetzt. Zu einer völlig willkürlichen Manipulation des Demonstrationsrechts ist der Staatsapparat auch in Frankfurt übergegangen. Hier wurden u.a. Demonstrationen gegen das Schah-Regime des Iran und Demonstrationen gegen den Abbruch von Wohnhäusern verboten und niedergeschlagen. Im Dezember 1973 wurde eine von KBW und „KPD" vorbereitete Demonstration in Köln gegen das Schah-Regime verboten, da dadurch „außenpolitische Belange der BRD" – genauer: imperialistische Geschäftsinteressen! – gefährdet würden.

Die Praxis des Berufsverbots im Öffentlichen Dienst wurde inzwischen noch weiter verschärft, so daß der Staat j e d e n Bewerber um eine Anstellung im Öffentlichen Dienst – vor allem sind das natürlich Lehrer – bespitzeln und mit Polizei-Methoden verhören kann. In den Betrieben nehmen die Rausschmisse politisch aktiver Arbeiter zu.

Der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats macht ebenfalls „Fortschritte". Die Polizei wurde verstärkt, spezielle Bürgerkriegskommandos wurden aufgestellt und bei der militär-mäßigen „Erstürmung" besetzter Häuser in Hamburg und Frankfurt praktisch erprobt, der „Bundesgrenzschutz" wird beschleunigt auf die Aufgaben einer zusätzlichen Polizei und potentiellen Bürgerkriegs-Truppe vorbereitet; seit den Auseinandersetzungen in Frankfurt um die Räumung mehrerer besetzter Häuser im Februar 74 wird direkt von möglichen Einsätzen des BGS gegen Demonstrationen gesprochen.

Und warum das alles?

Und warum das alles?

Die Ursache für die verschärften Angriffe der Kapitalistenklasse auf den „Lebensstandard" und die erkämpften politischen Rechte des arbeitenden Volkes und für den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats ist der sich zuspitzende Konkurrenzkampf des internationalen Kapital um Neuaufteilung der Welt, Neuverteilung von Einflußgebieten, Rohstoff-Quellen und Absatzmärkten. Um ihre Position in diesem Kampf weiter zu verbessern, treibt die Kapitalistenklasse der BRD den Zusammenschluß und die Erweiterung der ‚EG' verstärkt voran. Seit jeher haben die BRD-Imperialisten im Aufbau einer „Großmacht Europa" unter ihrer Führung die Voraussetzung für die Verwirklichung ihrer weitgesteckten wirtschaftlichen und politischen Pläne gesehen. *„Die Bourgeoisie der BRD ist – nach zwei militärischen Niederlagen des deutschen Imperialismus – wieder dabei, sich in den imperialistischen Verteilungskampf einzuschalten. Entsprechend der Einschätzung, daß die BRD a l l e i n keine ausreichende Basis ist, um mit den Großmächten USA und Sowjetunion ernsthaft in Konkurrenz zu treten, strebt der deutsche Imperialismus nach einem „Vereinigten Europa" unter deutscher Vorherrschaft."* (AK 39, S. 1)



Polizei-Einsatz bei Ford 1973. Der Streik wird niedergeknüppelt.

Die „Ölkrise" wurde in diesem Zusammenhang dazu benutzt, den „europäischen Zusammenschluß" und eine verstärkte Aufrüstung zu propagieren. Ebenso wird nach einigen Jahren „Entspannungs"-Propaganda wieder stärker die sogenannte „Bedrohung aus dem Osten" beschworen, um einen weiteren Vorwand für die Aufrüstung zu haben und eine entsprechende Stimmung im Volk zu schaffen.

Um im imperialistischen Konkurrenzkampf bestehen zu können und ihren expansionistischen Zielen näher zu kommen, greift die westdeutsche Kapitalistenklasse zunehmend zum Mittel, ihre Profite auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten abzusichern und wenn möglich noch zu steigern. Dieser Angriff der Kapitalisten beschränkt sich nicht auf die Ebene der Lohnpolitik; er bezieht alle Bereiche des Lebens er bezieht alle Bereiche des Lebens mit ein – steigende Preise und Mieten, Rationalisierungen mit Entlassungen und größerer Arbeitshetze und damit zunehmend soziale Unsicherheit, Einsparungen an den dringend notwendigen Ausgaben für Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser.

Aber mehr noch: Die Kapitalisten rechnen aufgrund ihrer eigenen Lage und der langfristigen Verschärfung der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt auch mit einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche in der Bundesrepublik, mit einer Verschärfung der Klassenkämpfe. Die Kapitalisten sehen einer Zeit entgegen, wo es ihnen aufgrund der objektiven Verschärfung aller inneren und äußeren Widersprüche trotz Hilfestellung der SPD- und DGB-Führer weniger als heute gelingen wird, die Werktätigen „ruhig" zu halten und den Fortbestand der kapitalistischen Ausbeutung zu garantieren. Auf diese Zeit bereiten sich die Kapitalisten und ihr Staat vorbeugend heute schon politisch, ideologisch und organisatorisch vor.

Hierfür werden die „gesetzlichen" und praktischen Mittel geschaffen („Notstandsgesetze", Ausbau der Polizei, des ‚BGS'), wird von der Bourgeoisie politisch -ideologisch gearbeitet (Propaganda der „Volksgemeinschaft", Angriff auf das Streikrecht, Hetze gegen „sozialistische Experimente" in Verbindung mit der Politik der SPD, „Gefahr aus dem Osten", Araber-Hetze u.a.) und werden Schläge gegen die sich herausbildenden organisatorischen Ansätze einer revolutionären Arbeiterbewegung geführt (Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen, Berufsverbot im Öffentlichen Dienst und politische Entlassungen in den Betrieben, Gewerkschaftsausschlüsse). schlüsse).



Protesdemonstration gegen die Entlassung von Mannesmann-Arbeitern, die sich an einem spontanen Streik beteiligt hatten

GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTENKLASSE DIE EINHEITLICHE KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE

GEGEN DIE POLITIK DER 'KLASSENVERSÖHNUNG' UND 'SOZIALPARTNERSCHAFT'

GEGEN DEN AUSSCHLUSS KÄMPFERISCHER GEWERKSCHAFTER, GEGEN DIE SPALTUNG DER GEWERKSCHAFT DURCH DIE DGB–FÜHRER

MACHEN WIR DIE GEWERKSCHAFTEN ZU KAMPFORGANISATIONEN DER ARBEITERKLASSE

VORWÄRTS ZUM AUFBAU DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER ARBEITERKLASSE

Die spontanen Streiks im letzten Jahr zeigen ebenso wie in diesem Jahr der ÖTV-Streik und der Streik der Bremer Metaller, daß es in der Arbeiterklasse eine Kampfkraft gibt, die über 'sozialpartnerschaftliche' Tarifabschlüsse und sozialdemokratische Ermahnungen zum „Verzicht" hinausgeht.

Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wächst die Bereitschaft, sich für die eigenen Interessen zu engagieren. Dies zeigt der Kampf der Bevölkerung von Nordhorn-Klausheide gegen den NATO-Flugplatz im Sommer 1973, die Organisierung und die Kämpfe von Eltern an den Schulen, Kämpfe gegen die kapitalistische Bau- und Bodenspekulation u.a.

Insgesamt bietet sich jedoch das Bild, daß die Bereitschaft zu solchen gesellschaftlichen Kämpfen immer noch recht gering ist, daß sie reformistischen Einflüssen unterliegt und daß sie, da eine konsequente kämpferische Führung meist fehlt, nicht sehr beständig sind und nach einem gewissen Aufschwung im Sande verlaufen, ohne die ursprünglichen Ziele zu erreichen.

Der betrieblich-wirtschaftliche Kampf (für besseren Lohn, für bessere Arbeitsbedingungen) bleibt immer noch die fast ausschließliche Form von Massenkämpfen des arbeitenden Volkes.

Auf der anderen Seite ist die Bourgeoisie systematisch dabei, die Instrumente für einen verschärften Klassenkampf zu schaffen, den staatlichen Unterdrückungsapparat auszu-

➡

bauen, Schläge gegen sich bildende organisatorische Ansätze einer revolutionären Arbeiterbewegung zu führen.

Gegen diese Angriffe der Bourgeoisie gilt es nach wie vor, eine e i n h e i t l i c h e Kampffront aufzubauen, die einseitige betrieblich-wirtschaftliche Ausrichtung der Volkskämpfe und ihre Zersplitterung zu überwinden, der Bourgeoisie auf a l l e n Ebenen des Klassenkampfes zu begegnen. Nur eine solche einheitliche Kampffront kann die Bourgeoisie daran hindern, unser Volk (und andere Völker) nochmals mit Faschismus und Krieg zu überziehen.

Für klassenkämpferische Gewerkschaften

Wenn die Arbeiter der allseitigen Offensive der Bourgeoisie noch weitgehend zersplittert gegenüberstehen, wenn in den letzten Jahren Notstands-Gesetze, Aufblähung des Polizei-Apparats, Anschläge auf das Streikrecht und „Ölkrisen"-Schwindel nicht mit Massenprotesten beantwortet wurden, wenn Tarifabschlüsse nicht einmal mehr die Preissteigerungen auffangen, dann liegt ein wesentlicher Grund dafür in der Politik ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, des DGB. Dessen sozialdemokratische Führung, eng verbunden mit der SPD und mit dem kapitalistischen Staat, vertritt die Anpassung an das von den Kapitalisten diktierte „Gesamtinteresse" und „Gemeinwohl". In diesem Sinn versucht sie, die Interessen des Kapitals soweit wie möglich durchzusetzen.



Anfang 1974: ÖTV-Kollegen demonstrieren in Bremen

Mit dieser Politik, mit dieser Führung können die Arbeiter nicht einmal im wirtschaftlichen Tageskampf um die Erhaltung ihres Lebensstandards bestehen, geschweige denn einen Kampf gegen die p o l i t i s c h e Offensive der Bourgeoisie und schließlich für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung führen. Der Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, um den Sozialismus ist ohnehin von den SPD- und DGB-Führern längst schon aufgegeben worden: sie möchten nur die „ärgsten Auswüchse" des Kapitalismus beschneiden, um ihn dann in etwas weniger abstossender Gestalt dem arbeitenden Volk als „demokratischer Sozialismus" schmackhaft zu machen und damit die Existenz des Kapitalismus zu verlängern.

Der P r o t e s t gegen diese Politik kommt auf der Massenebene in spontanen Streiks von 1969 und 1973 und sogar in den Wahlniederlagen der SPD in diesem Jahr in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Nordhessen zum Ausdruck, auch wenn dieser Protest im Fall der Wahlen mangels politischer Klarheit weitgehend ausgerechnet der CDU zugute kam, die in noch weit brutalerer Weise den Kapitalinteressen und der Faschisierung das Wort redet.

Eine wichtige Entwicklung in den letzten Jahren ist das Entstehen einer, wenn auch noch schwachen, linken Strömung in den Gewerkschaften, die in Opposition zum Kurs der 'Klassenversöhnung' und 'Sozialpartnerschaft' steht. Der Kampf der Gewerkschaftsführung gegen diese Strömung hat sich im letzen Jahr sehr verschärft.

Die Gewerkschaftsführung arbeitet mit 'Reversen' (wobei versucht wird, Unterschriften unter antikommunistische Schmierereien zu erpressen), mit Ausschlußverfahren, mit der Liquidierung gewerkschaftlicher Gremien; sie arbeitet dabei immer enger und offener mit den Kapitalisten, mit Polizei und Verfassungsschutz, mit CDU-„Kollegen" und anderen Rechten zusammen.

Die Gewerkschaftsführung ist dabei, die Gewerkschaften im Sinne einer auf die bürgerlichen Parteien eingeengten Richtungsgewerkschaft zu „säubern"; die von ihnen mit allen Mitteln bekämpften Kollegen sind in der Regel aktivste Gewerkschafter. **Mit diesem Vorgehen s p a l t e n die DGB-Führer die gewerkschaftlichen Organisationen.**

Gegen diesen Spalter-Kurs muß zur Zeit vor allem i n den Gewerkschaften der Kampf geführt werden. Jede Möglichkeit muß genutzt werden, noch vorhandene demokratische Rechte in den Gewerkschaften energisch zu verteidigen, den Spaltern ihr schmutziges Geschäft zu erschweren, Massenproteste gegen besonders üble Arbeiterverräter und Gewerkschaftsfeinde zu organisieren und sie von ihren Posten zu vertreiben. Von besonderer Bedeutung ist der Kampf um die von den Kollegen direkt zu wählenden gewerkschaftlichen Gremien, vor allem die Vertrauensleute. Bekämpft werden muß der Versuch der Gewerkschaftsführung, das Wahlrecht der Kollegen zu mißachten und abzubauen, indem z.B. 'Vertrauensleute' von der Gewerkschaftsführung in undemokratischer Weise e r n a n n t werden. Man muß auch darum kämpfen, daß w e i t e r e Funktionen vollständig zur Wahl der Kollegen im betreffenden Bereich gestellt werden - etwa die Funktionen in gewerkschaftlichen Jugendgremien, Vertreterversammlungen und Tarifkommissionen. Die Arbeiter haben das größte Interesse daran, daß alle gewerkschaftlichen Funktionen von ihnen selbst wählbar und kontrollierbar werden - die Gewerkschaftsführung ist dagegen daran interessiert, möglichst w e n i g innergewerkschaftliche Demokratie zuzulassen und möglichst v i e l e Funktionen ohne Wahl mit Leuten i h r e s Vertrauens zu besetzen.

„Es liegt auf der Hand, daß Kommunisten nicht 'aus Prinzip' die Spaltung der Gewerkschaften anstreben. Da die Kommunisten ohnehin das Ziel haben - als Voraussetzung einer wirklichen proletarischen Revolution - die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, haben sie von sich aus keinen Grund, sich von den Arbeiter-Massenorganisationen abzuspalten. **Das Entscheidende ist jedoch, daß die Gewerkschaftsführer lieber die Gewerkschaften spalten und zerschlagen, als sie 'den Kommunisten zu überlassen'.** *Die wichtigsten Mittel der Gewerkschaftsführer sind dabei die Verfälschung des Mitgliederwillens und Massenausschlüsse."* (ARBEITERKAMPF Nr. 40)

Auch wenn heute – beim gegenwärtig noch schwachen Entwicklungsstand der linken Strömung in den Gewerkschaften – die Gewerkschaftsführer in der Regel noch mit e i n z e l n e n Gewerkschaftausschlüssen auskommen, so zeigt doch die geschichtliche Erfahrung der 20er und 30er Jahre, daß die Gewerkschaftsführer auch vor M a s s e n ausschlüssen nicht zurückschrecken werden, sobald die Entwicklung der Arbeiterbewegung die Herrschaft dieser von der Bourgeoisie gekauften und bestochenen Leute über die Gewerkschaften bedroht.

„Daraus folgt allgemein, daß eine 'Eroberung der Gewerkschaften' in dem Sinn, daß schließlich die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer demokratisch abgewählt würden, nicht möglich ist. Und zwar deshalb, weil die Kommunisten nicht in der Lage und bereit wären, die Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten zu gewinnen, sondern weil die Gewerkschaftsführung keine 'demokratischen Spielregeln', sondern nur den ihr von der Bourgeoisie erteilten Auftrag anerkennt.

Daraus folgt aber auch, daß sich die Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen und Organisation langfristig zwingend als Aufgabe stellt; unmittelbar heute schon dort, wo Mitglieder ausgeschlossen werden oder wo die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften spaltet." (ARBEITERKAMPF Nr. 40)

Dies bedeutet jedoch nicht, beim gegenwärtihen Stand mit dem historischen Begriff einer „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO) zu spielen, der dem Stand des politischen Differenzierungsprozesses in den Gewerkschaften keineswegs entspricht und daher nur die Funktion haben kann, den Gewerkschaftsführern ihr schmutziges Geschäft zu erleichtern und davon abzulenken, daß sie s e l b s t es sind, die die Spaltung der Gewerkschaften betreiben.

Für eine kommunistische Partei der Arbeiterklasse



Anfang 1974: Müllwerker streiken in Nürnberg

Das wichtigste noch zu schmiedende Instrument, um die Zersplitterung der Arbeiter- und Volkskämpfe zu überwinden und ihnen eine klare antikapitalistische Stoßrichtung zu geben, ist die Kommunistische Partei.

Eine solche Partei ist das Instrument, mit dem die Arbeiterklasse ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen beginnt.

Die bürgerlichen Parteien sind bestrebt, die politischen Aktivitäten der Massen möglichst gering zu halten. Für sie sind die arbeitenden Menschen nur vor Wahlen als 'Stimmvieh' interessant. Wo sich Gruppen der arbeitenden Bevölkerung in 'Bürgerinitiativen' u.ä. zusammenfinden, schalten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien ein, um diese Ansätze politischer Selbstständigkeit der arbeitenden Bevölkerung mit Vertröstungen und kleinen Zugeständnissen unter Kontrolle zu bringen und schließlich kaputt zu machen.

Umgekehrt sind die Kommunisten

schließlich kaputt zu machen.
Umgekehrt sind die Kommunisten

daran interessiert, daß sich eine möglichst breite und intensive politische Aktivität des arbeitenden Volkes entwickelt, daß sich möglichst viele Werktätige aktiv auf den verschiedensten Ebenen (Wohngebiet, Schule, Betrieb) für ihre Interessen engagiegieren. Hier gilt es, noch weithin vorhandene Resignation („man kann ja doch nichts tun") und den von der kapitalistischen Gesellschaft erzeugten Egoismus („was geht's mich an... sollen sich doch andere drum kümmern") zu überwinden.

Nur in enger Verbindung mit einer solchen breitesten selbstständigen politischen Aktivität der Volksmassen kann eine Kommunistische Partei ihre revolutionäre Funktion erfüllen, politischer Vortrupp und zugleich Teil der Arbeiterklasse zu sein. Die Kommunistische Partei muß die selbstständige politische Aktivität der Volksmassen verbinden mit den geschichtlichen und internationalen Erfahrungen der Arbeiterbewegung, mit der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus und mit einer konkreten Analyse des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen, der Kampfbedingungen und Kampfaufgaben der Arbeiterklasse.

Von bürgerlichen Politikern wird oft behauptet, „der deutsche Arbeiter" stehe sozusagen „von Natur aus" dem Kommunismus und der Kommunistischen Partei feindlich gegenüber, und verweist auf die in der Tat erbärmlichen Wahlergebnisse der DKP und neuerdings der KPD/ML.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zeigt jedoch, daß „der deutsche Arbeiter" keineswegs „von Natur aus" antikommunistisch eingestellt ist. Die KPD hatte in der Weimarer Republik mehrere Hunderttausend Mitglieder und Millionen Menschen gaben ihr bei Wahlen die Stimme. Anfang der 30er Jahre stand die Mehrheit des deutschen Industrieproletariats hinter der revolutionären Politik der KPD. Es bedurfte des ungeheuren faschistischen Terrors, um die sich ihrer Kraft bewußt werdende deutsche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei in eine Niederlage zu werfen, von der sie sich bis heute nicht erholt hat.

Es gibt heute zahlreiche Organisationen, die sich kommunistisch nennen, und in denen sich das Bestehen unterschiedlicher politischer Vorstel-

nen, und in denen sich das Bestehen unterschiedlicher politischer Vorstel-

lungen ausdrückt.

Die DKP, die sich selbst gern prahlerisch als „einzige Partei der Arbeiterklasse" anpreist, ist keine kommunistische, revolutionäre Partei. Sie empfiehlt einen nichtrevolutionären, „friedlichen" Weg zum Sozialismus, der allen historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung widerspricht und zuletzt in Chile seine Untauglichkeit und Gefährlichkeit erneut bewiesen hat. In der Praxis macht die DKP gemeinsame Sache mit den bürgerlichen Politikern und Gewerkschaftsführern bei der Hetze gegen die „Chaoten", bei ihrem Ausschluß aus den Gewerkschaften, sie macht sich zum Fürsprecher des Verbots von revolutionären Organisationen.

In den verschiedenen kommunistischen Organisationen gibt es, wie auch in der DKP, zahlreiche Menschen, die ehrlich eine Politik im Interesse des arbeitenden Volkes anstreben. Diese Menschen gilt es, auf der Grundlage einer richtigen Einschätzung der Situation und ihrer Entwicklung, auf der Grundlage einer revolutionären Politik, zusammenzuschließen.

Dazu ist es erforderlich, daß um alle strategischen und taktischen Fragen einer revolutionären Arbeiterbewegung eine o f f e n e Diskussion geführt wird. Dies Erfordernis wird sich schließlich durchsetzen, weil es den Bedürfnissen der sich entwickelnden Arbeiter- und Volkskämpfen entspricht.

➡

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 322 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Der gemeinsame Kampf von deutschen, griechischen und jugoslavischen Arbeiterinnen und Arbeitern führte im Februar 73 bei Fa. Hülsbeck und Fürst in Velbert zum Erfolg

„Die Herrschaft des Kapitals ist international. Das ist der Grund, weshalb auch der Kampf der Arbeiter aller Länder für ihre Befreiung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Arbeiter gemeinsam auch gegen das internationale Kapital vorgehen." (Lenin)

Die Stärkung der internationalen Solidarität, die Schmiedung einer gemeinsamen Kampffront zwischen den Arbeitern verschiedener Länder, stellt sich in der BRD als besonders dringende, unmittelbare Aufgabe. Die westdeutschen Kapitalisten haben über 2 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter aus Italien, Jugoslawien, Spanien, Griechenland und der Türkei ins Land gezogen.

In der Erklärung des KB zum 1. Mai des vorigen Jahres hieß es:„*Für die westdeutschen Arbeiter kommt es darauf an, sich von den Kapitali-*

die westdeutschen Arbeiter kommt es darauf an, *sich von den Kapitalisten nicht in die Falle des Nationalismus und der Überheblichkeit gegenüber den ausländischen Kollegen in der BRD locken zu lassen, sondern die Klassensolidarität zu wahren.* **Die ausländischen Kollegen haben vielfach bewiesen, daß nicht nur Verlaß im Kampf auf sie ist, sondern daß wir von ihren Erfahrungen und ihrer Entschlossenheit lernen können."**

Damit sollte gesagt werden, daß es nicht um eine etwas zweifelhafte ‚Solidarität' von oben herab geht („Die armen Schweine sind ja auch Menschen . . ."), sondern darum, die ausländischen Kolleginnen und Kollegen als Partner, und manchmal auch Lehrer, im Klassenkampf anzuerkennen.

In den spontanen Streiks seit dem letzten 1. Mai hat sich das verstärkt bestätigt. In vielen Fällen waren es ausländische Kollegen, die auslösend und führend in den spontanen Streiks aktiv waren und gegen die sich die härtesten Schläge der Kapitalisten, der Polizei und der bürgerlichen Presse richteten. Das bekannteste Beispiel dafür ist der Streik im letzten Jahr bei Ford.

Die Lage der ausländischen Kollegen ist häufig gekennzeichnet durch elende Wohnbedingungen, durch unzureichende Schulbedingungen für ihre Kinder, durch politischen Druck mit Entzug der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Gegen diese Mißstände, für die volle Gleichberechtigung der ausländischen Kollegen zu kämpfen, liegt in unserem gemeinsamen Interesse.

Die ‚Europäische Gemeinschaft' teresse.

Die ‚Europäische Gemeinschaft' (‚EG') führt zu einem immer engeren Zusammenhang zwischen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, zu einem immer engeren Zusammenhang zwischen den Klassenkämpfen in der ‚EG'. **In England, Frankeich und Italien (dort am klarsten) vollzieht sich ähnlich wie in der BRD, ein Prozeß der Faschisierung,** d.h.: Angriff auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse, Angriff auf ihre demokratischen Rechte, auf Streikrecht und Organisationsfreiheit, Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats. In diesen Ländern, wie in der BRD, ist die Bourgeoisie dabei, sich für kommende härtere Klassenzusammenstöße „fit" zu machen.

Dagegen ist der bewußte Zusammenhang zwischen den Arbeitern der ‚EG' nur schwach entwickelt. Hier sehen wir als Kommunisten vor allem die Aufgabe, Verbindungen zwischen den Organisationen der internationalen revolutionären Linken zu schaffen, in Flugblättern und Zeitungen über die Klassenkämpfe in anderen Ländern zu informieren und in Einzelfällen konkrete Solidaritätsaktionen (Geldsammlungen, Solidaritätsveranstaltungen) zu organisieren oder zu unterstützen.

Der ‚Öl-Krisen'-Schwindel vor einigen Monaten wurde auch dazu benutzt, durch eine geradezu rassistische Propaganda die Trennung zwischen den Arbeitern der imperialistischen Industrieländer und den Völkern der sogenannten ‚3. Welt' zu vertiefen. Die Arbeiter der imperialistischen Länder sollen für die räuberische Forderung der Bourgeoisie gewonnen werden, daß die Völker der ‚3. Welt' kein Recht haben über die Bodenschätze ihrer Länder zu verfügen, sei es nun Öl oder auch Zinn und Kupfer. Auf den zaghaften ‚Ölboykott' der arabischen Regierungen reagierten die Imperialisten mit unverhüllten Kriegsdrohungen. Auf die Enteignung der US-amerikanischen Kupferminen in Chile durch die Allende-Regierung reagierten die Imperialisten mit dem Sturz dieser Regierung, mit der Abschlachtung und Einkerkerung zehntausender chilenischer Arbeiter, Bauern und Intellektueller, mit der Errichtung eines faschistischen Terrorregimes.

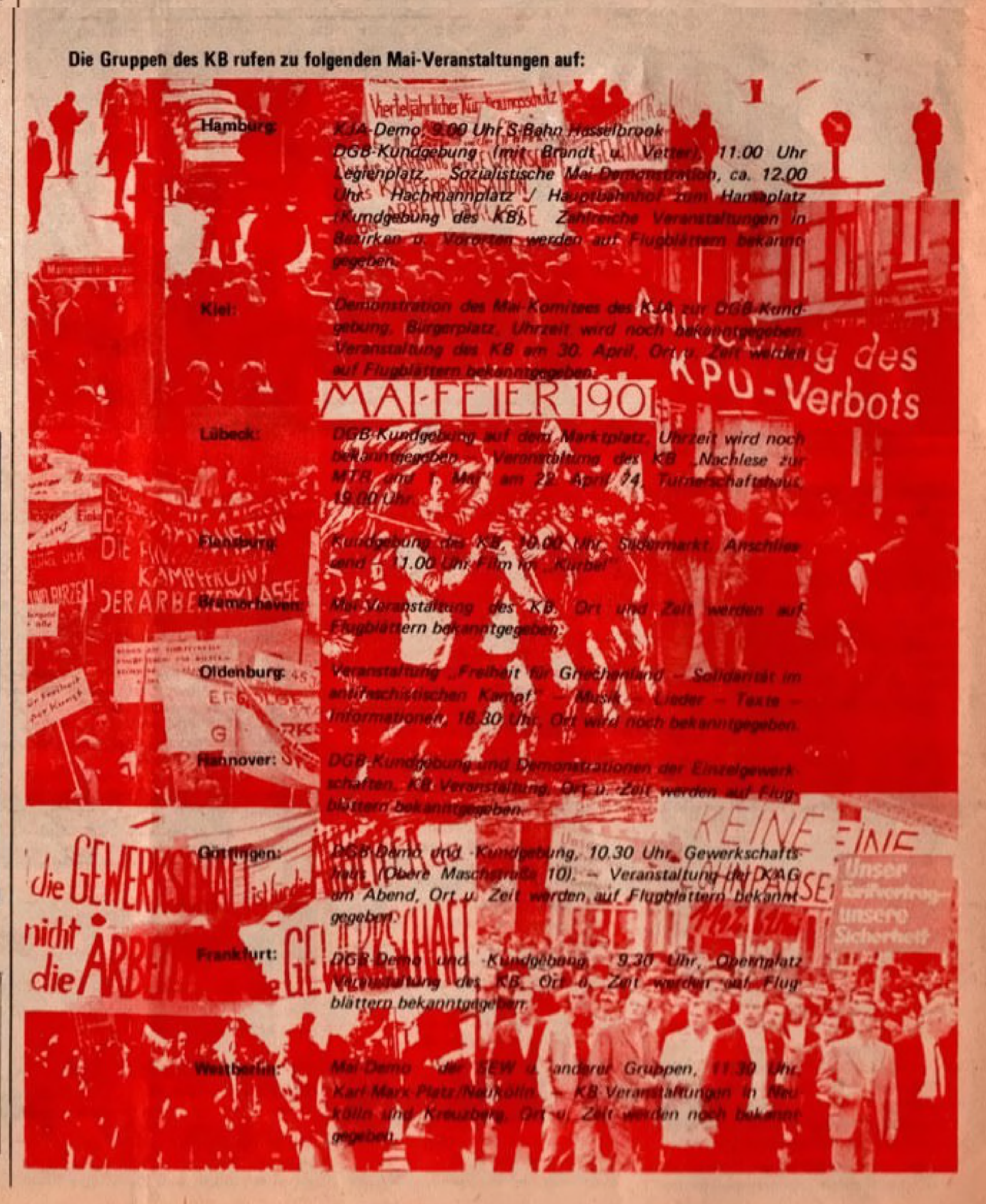
Die Imperialisten beschimpfen die Völker der ‚3. Welt' als „Erpresser", wenn diese selbst über die Bodenschätze ihrer Länder verfügen wollen. Sie beschimpfen ausländische Arbeiter als „Terroristen" und „Banditen", wenn sie, wie in den spontanen Streiks des letzten Jahres, für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Die Imperialisten haben aus Hitlers Rumpelkammer die sogenannte „Volksgemeinschaft" zwischen Arbeiter und Kapitalist wieder hervorgekramt. Diesen Versuchen gilt es, eine klare Abfuhr zu erteilen. Nicht „Volksgemeinschaft" mit den Kapitalisten, sondern gemeinsame Front mit den unterdrückten und ausgeplünderten Völkern der ‚3. Welt', d a s ist das Interesse und Aufgabe der Arbeiterklasse.



Gegen die faschistische Herrschaft der Bourgeoisie – Proletarischer Internationalismus: Solidaritätsdemonstration italienischer Arbeiter von Genua für das chilenische Volk

1973: Türkische Kollegen an der Spitze des Streiks bei Ford

Die Gruppen des KB rufen zu folgenden Mai-Veranstaltungen auf:



Hamburg: *KJA-Demo, 9.00 Uhr S-Bahn Hasselbrook. DGB-Kundgebung (mit Brandt u. Vetter), 11.00 Uhr Legienplatz. Sozialistische Mai-Demonstration, ca. 12.00 Uhr Hachmannplatz / Hauptbahnhof zum Hansaplatz (Kundgebung des KB). Zahlreiche Veranstaltungen in Bezirken u. Vororten werden auf Flugblättern bekanntgegeben.*

Kiel: *Demonstration des Mai-Komitees des KJA zur DGB-Kundgebung, Bürgerplatz, Uhrzeit wird noch bekanntgegeben. Veranstaltung des KB am 30. April, Ort u. Zeit werden auf Flugblättern bekanntgegeben.*

Lübeck: *DGB-Kundgebung auf dem Marktplatz, Uhrzeit wird noch bekanntgegeben. – Veranstaltung des KB „Nachlese zur MTR und 1. Mai" am 22. April 74, Turnerschaftshaus, 19.00 Uhr.*

Flensburg: *Kundgebung des KB, 10.00 Uhr, Südermarkt. Anschliessend – 11.00 Uhr Film im „Kurbel".*

Bremerhaven: *Mai-Veranstaltung des KB. Ort und Zeit werden auf Flugblättern bekanntgegeben.*

Oldenburg: *Veranstaltung „Freiheit für Griechenland – Solidarität im antifaschistischen Kampf" – Musik – Lieder – Texte – Informationen, 18.30 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben.*

Hannover: *DGB-Kundgebung und Demonstrationen der Einzelgewerkschaften. KB-Veranstaltung, Ort u. Zeit werden auf Flugblättern bekanntgegeben.*

Göttingen: *DGB-Demo und -Kundgebung, 10.30 Uhr, Gewerkschaftshaus (Obere Maschstraße 10). – Veranstaltung der KAG am Abend, Ort u. Zeit werden auf Flugblättern bekanntgegeben.*

Frankfurt: *DGB-Demo und -Kundgebung, 9.30 Uhr, Opernplatz. Veranstaltung des KB, Ort u. Zeit werden auf Flugblättern bekanntgegeben.*

Westberlin: *Mai-Demo der SEW u. anderer Gruppen, 11.30 Uhr, Karl-Marx-Platz/Neukölln. – KB-Veranstaltungen in Neukölln und Kreuzberg, Ort u. Zeit werden noch bekanntgegeben.*

IMPRESSUM
Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents
Verlag ARBEITERKAMPF
2Hamburg 13, Rutschbahn 35
verantw. Redakteur: Kai Ehlers
Auflage: 120 000